

zeichneten diese Großkonzerne 1971 Gesamtprofite von 41,187 Milliarden DM.

Unter kapitalistischen Bedingungen führt die wissenschaftlich-technische Revolution zur verschärften Ausbeutung der Werktätigen. 1965 wurden in der BRD zum Beispiel bei einer achtstündigen Arbeitszeit aus der Arbeitskraft eines Industriearbeiters vier Stunden und 55 Minuten als unbezahlte Mehrarbeit, als Mehrwert, herausgeschunden — 1969 waren es schon fünf Stunden und acht Minuten. Berücksichtigt man noch die von den Löhnen abzuziehenden Steuern, so arbeitete ein solcher Arbeiter in acht Stunden 1,5 Stunden für sich, aber 6,5 Stunden für die Konzernherren und ihren Staat. Und der BRD-Publizist H. Marcus schrieb: „In Wirklichkeit hat sich der Strom der

Milliarden so ungleichmäßig verteilt, daß sich bei den einen die Masse des neuen Reichtums häuft und bei den anderen nur die bescheidenen Reste hängenbleiben. Zu den einen gehören die Selbständigen und die Unternehmer, auf deren Konto die Hälfte des neu gebildeten Sachvermögens geht, zu den anderen gehören die Angestellten, Arbeiter und Rentner, die an dem neu entstandenen Sacheigentum nur mit einem Fünftel partizipieren.“

Das trifft für die gesamte kapitalistische Welt zu — nicht nur für die BRD, in der 1,7 Prozent der Bevölkerung mehr als 74 Prozent der Produktionsmittel besitzen und in der gerade in diesen Tagen und Wochen die Bilanzen der Großkonzerne von einer Profitexplosion künden.

### Vom Währungsfieber geschüttelt

Wenn heute das imperialistische System von Währungs- und Handelskrisen, von Wirtschaft- und Gesellschaftskrisen, von Bildungs-, Umwelt- und Moralkrisen geschüttelt wird — dann sind das alles Symptome der allgemeinen Krise und der Beweis, daß kein gesellschaftlicher Bereich heute mehr von diesem Zersetzungsprozeß verschont bleibt. An der Gesamtheit dieser Krisenerscheinungen wird der Gesamtzustand dieses Systems erkennbar, und auch eine zeitweilige Zurückdrängung oder Lösung der einen oder anderen Krisenerscheinung vermag den Zerfall, die Zersetzung des gesellschaftlichen Gesamtorganismus nicht aufzuhalten. Im Gegenteil: Die zeitweilige Lösung von Widersprüchen in einigen Bereichen führt unter kapitalistischen Bedingungen immer wieder zu einem erneuten Aufbrechen derselben Widersprüche auf höherer Ebene. Als Beweis dafür mö-

gen die vielfältigen Versuche in jüngster Zeit dienen, der Krisenerscheinungen auf währungspolitischem Gebiet Herr zu werden.

Eine Sitzung von Ministern und Währungsexperten jagt die andere, die eine Währung wird auf-, die andere abgewertet. Preise für Gold werden gemeinsam festgelegt und nicht eingehalten. Drohungen mit Restriktionen werden ausgesprochen und verwirklicht. Ein offener Handelskrieg zwischen den imperialistischen Hauptmächten droht auszubrechen. Und ist dann tatsächlich eine Übereinkunft erzielt, eine „Lösung“ gefunden — treten wenig später die Konflikte mit noch größerer Heftigkeit hervor. „Ob man will oder nicht, der Dollar ist eine wirkliche Kriegsmaschine geworden, die zum Sturm auf die ökonomische Festung des gemeinsamen Marktes angesetzt worden ist. Die Belagerten, das heißt die neun der euro-

päischen Gemeinschaft, wissen nicht mehr, wo ihnen der Kopf steht“, hieß es in einem Kommentar des belgischen Rundfunks. Und der sozialdemokratische „Vorwärts“ erschien am 5. Juli 1973 mit der resignierenden Schlagzeile: „Die nächste Krise kommt bestimmt.“

Bestandteil der tiefgreifenden Währungskrise ist die inflationäre Entwicklung in nahezu allen kapitalistischen Ländern, deren Lasten vor allem auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden sollen. Die inflationistische Preissteigerung ist zu einem ständigen Merkmal des imperialistischen Systems geworden. Preissteigerungsraten von jährlich sieben bis zehn Prozent sind gewissermaßen „normal“. Und obwohl durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt die Arbeitsproduktivität erhöht wird und die Selbstkosten je Produktionseinheit gesenkt werden, treiben die Monopole die Preise mit Hilfe des Staates weiter nach oben.

Während die Großaktionäre in der BRD in diesem Jahr eine Dividende bis zu 90 Prozent auf den Nennwert ihrer Aktien erwarten, müssen die Werktätigen um jeden Pfennig Lohnerhöhung hart kämpfen. Während der imperialistische Staat den Großunternehmern großzügige Steuergeschenke macht, wird die Steuerbelastung der Löhne und Gehälter der Werktätigen immer höher. „Die Belastung der Löhne durch Lohnsteuer und Sozialversicherung ist von 1950 bis 1971 von 12,5 auf 22,8 Prozent gestiegen“, schrieb die bürgerliche Hamburger „Zeit“. Von jeder durch Lohnerhöhungen erkämpften D-Mark „muß der Arbeiternehmer heute an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen im Durchschnitt 44 Pfennig abführen“, mußte die BRD-Illustrierte „Quick“ eingestehen.